

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Geschäftsbereich 2.1 Soziales, Jugend, Schule und Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	201 Sozialamt
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Bärbel Mittelmann +49 202 563 5326 +49 202 563 4897 baerbel.mittelmann@stadt.wuppertal.de
	Datum:	18.10.2024
	Drucks.-Nr.:	VO/1121/24/1-A öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
11.11.2024	Rat der Stadt Wuppertal	Entgegennahme o. B.
Präventions- und Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche im Zuge der Teillegalisierung von Cannabis - Antwort auf die große Anfrage der Stadtverordneten Rafrati		

Grund der Vorlage

Die Stadtverordnete Rajaa Rafrati bat um die Beantwortung einiger Fragen zu Präventions- und Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche im Zuge der Teillegalisierung von Cannabis. Die Antwort liegt nun vor.

Beschlussvorschlag

Entgegennahme o.B.

Einverständnisse

entfällt

Unterschrift

Matthias Nocke

Begründung

Mit dem Inkrafttreten der Cannabisordnungswidrigkeitenverordnung (COwiVO) am 3. Mai 2024 hat die Landesregierung die Zuständigkeit für die Ahndung und Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit dem Besitz und Konsum von Cannabis auf die Kommunen übertragen. Der Fokus der Sanktionen liegt dabei auf dem Schutz der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, da diese besonders anfällig für negative gesundheitliche und soziale Auswirkungen des Cannabiskonsums sind.

- 1. Wie bewertet die Stadtverwaltung den aktuellen und zukünftigen Aufwand zur Überwachung und Sicherstellung des Gesundheitsschutzes von Kindern und Jugendlichen in Bezug auf Cannabiskonsum im öffentlichen Raum?**

Das Ordnungsamt, die Polizei und auch das Jugendamt berichten, dass **bisher** kein erhöhtes Beschwerdeaufkommen zu verzeichnen ist. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt noch zu früh, um die zusätzlichen Belastungen für die Kommune detailliert zu beziffern. Deshalb tauscht sich die Stadtverwaltung in regelmäßigen Arbeitsgruppentreffen mit den relevanten Akteuren zum aktuellen Sachstand aus. Sollte die Arbeitsgruppe einen Handlungsbedarf feststellen, werden Maßnahmen abgestimmt und ergriffen.
- 2. Wie wird der in der Praxis entstehende, zusätzliche Kontrollaufwand aufgrund der o.g. neuen Zuständigkeit umgesetzt?**

Aktuell erledigt der Außendienst des Ordnungsamtes und der Kinderschutz des Jugendamtes die Aufgabe im Rahmen der personellen Ressourcen mit. Ein zusätzlicher Aufwand ist bislang allerdings nicht erkennbar.
- 3. Wie bewertet die Stadtverwaltung den notwendigen Personalaufwand zur Überwachung und Durchsetzung der Cannabisverbotszonen und gibt es in diesem Zusammenhang Überlegungen zur Schaffung zusätzlicher Stellen?**

In der Praxis des Ordnungsamtes hat es bisher keine größeren wahrnehmbaren Veränderungen gegeben. Von daher gibt es aktuell keine Überlegungen zur Schaffung zusätzlicher Stellen. Wie unter Punkt 1 bereits dargestellt, ist es zum jetzigen Zeitpunkt noch zu früh, um die zusätzlichen Belastungen detailliert zu beziffern. Deshalb tauscht sich die Stadtverwaltung regelmäßig in o.g. Arbeitsgruppentreffen mit den relevanten Akteuren zum aktuellen Sachstand aus und wird bei Feststellung eines Handlungsbedarfs Maßnahmen abstimmen und ergreifen.
- 4. Welche konkreten Aufklärungs- und Präventionsprogramme sind aktuell in Wuppertal geplant oder bereits etabliert, um Kinder und Jugendliche umfassend über die Risiken des Cannabiskonsums zu informieren?**

Die Fachstelle für Suchtvorbeugung / Beratungsstelle für Drogenprobleme e.V. berichtet dazu, dass seit Jahren intensiv evaluierte Cannabispräventionsprogramme an Schulen und in Jugendhilfeeinrichtungen durchgeführt und auch Fachkräfte der Jugend- und Suchthilfe geschult werden. Die Cannabisprävention ist in Wuppertal schon lange etabliert. Im Zuge der Legalisierung wurden neue Angebote hinzugenommen, die auf die Legalisierung eingehen und insbesondere Fachkräfte unterstützen, mit Jugendlichen anders ins Gespräch zu kommen. Auch die Träger der Suchthilfe, die noch nicht viel Wissen bzgl. Cannabis haben, werden geschult. Es wird zudem festgestellt, dass Jugendliche und deren Eltern häufiger und früher auf die Beratungsstelle zukommen, um über den Konsum zu reden und sich Unterstützung zu holen. Das führte dazu, dass die Jugendsuchtberatung der Beratungsstelle und auch die Angehörigen- und Elternberatung noch stärker frequentiert wurde. Außerdem werden Informationsabende für Eltern an Schulen im Rahmen eines Elternabends angeboten.

Es ist geplant, dass die Beratungsstelle für Drogenprobleme e.V. die Anbauvereine, insbesondere den Präventionsbeauftragten der Social Clubs, schulen wird (vorgeschrieben im CanG). Regelmäßig sollen Beratungs- und Informationsangebote für die Mitglieder angeboten werden.

Der erzieherische Kinder- und Jugendschutz im Jugendamt Wuppertal verantwortet das Präventionsprogramm „Viele, viele bunte Smarties“. Zielgruppe sind Schülerinnen und Schüler der 7. Klassen weiterführender Schulen. Das Drogenpräventionsprojekt ist eine Spielaktion zum Thema Sucht und Sehnsucht und hat das Ziel der

inhaltlichen Auseinandersetzung der Schüler*innen mit verschiedenen Aspekten der Drogen- und Suchtproblematik, unter anderem auch mit Cannabiskonsum.

Klimacheck

Hat das Vorhaben eine langfristige Auswirkung auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung?

neutral /nein

ja, positive Auswirkungen

ja, negative Auswirkungen

Begründung:

Begründung: Der Inhalt hat keine langfristigen Auswirkungen auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung.